

21

81

Union in Deutschland

Bonn, den 25. Juni 1981

Regierung leichtfertig und unsolide

Von dem Problemberg unberührt, kündigt der Bundesfinanzminister einen „soliden“ Bundeshaushalt für das nächste Jahr an. Als ob wir nicht schon jahrelang den Mißbrauch des Begriffes „solide“ durch die Bundesregierung erlebt hätten.

Fest steht: Die Wirklichkeit holt uns ein. Jeder Tag, den die Regierung ungenützt verstreichen läßt, verschlimmert die Lage. Die Krise ist da. Es ist genug geredet worden. Die Regierung macht sich neuer Versäumnisse schuldig, weil sie die unvermeidlichen Eingriffe erst im September 1981 beschließen will.

Im jüngsten Monatsbericht des Bundeswirtschaftsministeriums steht, „das hartnäckige außenwirtschaftliche Ungleichgewicht“ mache „eine Korrektur der Ansprüche an Staat und Wirtschaft“ erforderlich. Diese dramatisch zu nennende Analyse eines Ministeriums — nicht etwa der gesamten Bundesregierung — teilt die CDU/CSU seit langem.

Anlaß zu diesem Alarmruf ist die besorgniserregende Entwicklung der deutschen Leistungs-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ HAUSHALT

Bereits die Ansätze für den nächsten Bundeshaushalt lassen die alte Leichtfertigkeit der Regierung erkennen Seite 1

■ PARTEIEN

Die Sowohl-als-auch-Taktik der SPD widerspricht dem Verfassungsauftrag der Parteien Seite 4

■ NATO

Die Verhandlungsposition der NATO gegenüber Moskau wird durch Bahr und Eppler unterminiert Seite 5

■ DEUTSCHLAND

Gradl betont die Verantwortung deutscher Politik in der Mitte Europas Seite 7

■ FRIEDE

Das Schweigen der Waffen allein bedeutet noch nicht Frieden, betont Heiner Geißler Seite 13

■ MEDIEN

Um der technischen Entwicklung gerecht zu werden, bedarf es einer neuen Definition des Begriffes Rundfunk Seite 14

■ DOKUMENTATION

Erfolgreiche Milliardenprogramme einerseits, Investitionsblockaden andererseits — die Bundesregierung wird der Arbeitslosigkeit nicht Herr grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

bilanz. Das Defizit der Leistungsbilanz betrug in den ersten drei Monaten des Jahres 1981 9,3 Milliarden Mark. Es lag damit um vier Milliarden Mark höher als im Vorjahr.

Drei Faktoren sind für die Entwicklung maßgebend: Die Rohölpreise, die Verteuerung der Importe durch den sinkenden Außenwert der DM und die Nettoübertragungen. Lediglich durch hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland (+13,1 Milliarden Mark; 1980 hatten wir noch einen Kapitalexport von 4,3 Milliarden Mark) wurde das weitere Zusammenschrumpfen unserer Devisenvorräte verhindert. Steigender Kapitalimport heißt aber zunehmende Verschuldung gegenüber dem Ausland.

Mit dieser Entwicklung wird folgendes bestätigt:

1. Die Bundesrepublik erwirtschaftet mit ihrer Ausfuhr nicht mehr die Mittel, die sie für Importe, Schuldendienst, Überweisungen der Gastarbeiter, Auslandsreisen usw. benötigt. Wir leben über unsere Verhältnisse.
2. Das Leistungsbilanzdefizit wird dauerhaft und damit bedrohlich.
3. Das Zusammentreffen von immer größeren Deckungslücken in den Staatshaushalten und in der Leistungsbilanz bildet ein explosives Gemisch. Es bedroht Staat und Wirtschaft.
4. Die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit der Bundesrepublik nimmt durch die Koppelung von Öl und Verschuldung bei den Scheichs beängstigend zu. Damit werden wir erpreßbar.
5. Die geforderte grundlegende Umstellung der Politik ist bisher nicht erfolgt, vor allem nicht in der Finanzpolitik.

■ INFORMATIONEN

Vermummung und Helme sollen verboten werden

Mit einer gemeinsamen Bundesratsinitiative wollen die unionsregierten Länder Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein für Protestaktionen strenge Grenzen ziehen. Dazu soll das Demonstrations- und Versammlungsrecht geändert werden. Schleswig-Holsteins Justizminister Claussen (CDU) begründete die Initiative damit, der zunehmende Mißbrauch des Demonstrationsrechts zu gewalttätigen Ausschreitungen sei „unerträglich“ geworden.

Kommunale Energieversorgungskonzepte

Auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung „Kommunale Energieversorgungskonzepte“ mit über 200 Teilnehmern aus Energiewirtschaft, Wissenschaft und Politik erklärte der Tagungsleiter und energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinz Riesenhuber u. a.:

Trotz der erklärten Politik der Bundesregierung ist bis heute bei ständig steigenden Rohölpreisen kein Durchbruch erzielt worden. Es wurde versäumt, Rahmenbedingungen zu setzen, die eine Änderung der Verbrauchsstrukturen fördern.

Dirigistische Maßnahmen sind wenig geeignet, die anstehenden Probleme zu lösen. Die Bundesregierung sollte vielmehr die Aufgabe übernehmen, das verstreut vorhandene Wissen zu den kommunalen Energieversorgungskonzepten zu bündeln und als Information anzubieten. Entschieden werden muß

vor Ort. Jedes Gebiet, jede Region hat Besonderheiten, die berücksichtigt werden müssen.

In der Zusammenarbeit der kommunalen Amtsträger und der Versorgungsunternehmen kann die beste Lösung gefunden und verwirklicht werden. Fernwärme kann einen wesentlichen Beitrag zur Ölsubstitution und zum Umweltschutz leisten.

Mehrheit für moderne Bundeswehr

75 Prozent der Bundesbürger glauben nicht, daß die Sowjetunion friedensbereiter wird, wenn die Bundeswehr abrüstet. 78 Prozent sind für eine moderne und abwehrbereite Bundeswehr. Dies ergab eine repräsentative Meinungsumfrage, die das Wickert-Institut vornahm. Dabei wurden 2 076 Frauen und Männer über 18 Jahre gefragt.

Die Fragen lauteten: „Glauben Sie, daß eine reduzierte Bundeswehr die Sowjets friedensbereiter macht?“ (Ja 25 Prozent — Nein: 75 Prozent) Und: „Sind Sie für eine moderne und abwehrbereite Bundeswehr, die ausnahmslos dafür da ist, im Verband der NATO einen Angriff aus dem Osten abzuwehren, oder sind Sie nicht dafür?“ (dafür: 78 Prozent — nicht dafür: 22 Prozent).

Sport für Behinderte

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU verabschiedete auf seiner konstituierenden Sitzung in Bonn sein Arbeitsprogramm für die nächste Legislaturperiode. Wie der wiedergewählte Vorsitzende, Wolfgang Schäuble, MdB, erklärte, wird sich der Bundesfachausschuß in diesem Jahr besonders mit den Chancen und Problemen des Sports für Behinderte befassen.

Neukonstituierung der Bundesfachausschüsse

Unter Leitung von Generalsekretär Heiner Geißler, MdB, haben sich die Bundesfachausschüsse der Partei in Bonn neu konstituiert.

Die Bundesfachausschüsse sollen politisch erhebliche Vorgänge und Entwicklungen in ihren Fachbereichen beobachten und dem Bundesvorstand der CDU Entscheidungshilfen erarbeiten. Dazu wurden jetzt 15 Fachausschüsse — für die Bereiche Familienpolitik, Verkehrspolitik sowie Städte- und erstmalig Wohnungsbau — eingesetzt. Die Amtszeit dieser Gremien endet mit der Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

Zu Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse wurden gewählt:

Innenpolitik: Innenminister Uwe Barschel

Sport: Dr. Wolfgang Schäuble, MdB

Kulturpolitik: Kultusminister Peter Bendixen

Jugendpolitik: Irmgard Karwatzki, MdB

Städte- und Wohnungsbau: Dr. Friedrich A. Jahn, MdB

Verkehrspolitik: Dr. Dieter Schulte, MdB

Energie und Umwelt: Dr. Heinz Riesenhuber, MdB

Sozialpolitik: Adolf Müller, MdB (Remscheid)

Familienpolitik: Rita Waschbüsch, MdB

Außenpolitik: Dr. Alois Mertens, MdB

Sicherheitspolitik: Harm Dallmeyer, MdB

Die Bundesfachausschüsse Entwicklungspolitik, Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik und Gesundheitspolitik konstituieren sich in Kürze.

■ PARTEIEN

Unredliches Spiel der SPD

Politiker der SPD sind auf einen Trick verfallen, um die Unfähigkeit der Kanzlerpartei, in entscheidenden Fragen deutscher Politik einig zu werden und zu klaren Entscheidungen zu gelangen, vor den Bürgern unseres Landes zu verschleiern.

Immer wieder hören wir in jüngster Zeit aus dem Munde sozialdemokratischer Spitzenpolitiker, die Partei sei „stolz“ auf den nicht abreißen den Meinungsstreit in den eigenen Reihen, weil dieser Streit nur ein Zeichen dafür sei, daß sie, die SPD, ein „Spiegelbild unserer Gesellschaft“ darstelle — und den Bürgern folglich näherstehe als andere Parteien.

Das Vorgehen der SPD ist aus zwei Gründen ein unredliches Manöver zur Irreführung der Öffentlichkeit:

1. In unserem Grundgesetz heißt es in Artikel 21: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Trägt aber eine Partei zur politischen Willensbildung des Volkes bei, die — beispielsweise — durch ihren Vorsitzenden Willy Brandt öffentlich erklären läßt, sie vertrete in einer für die Zukunft unseres Staates lebenswichtigen Frage — gemeint ist die friedliche Nutzung der Kernenergie — ein „kräftiges Sowohl-Als-auch“? Beschwört ein solches Verhalten nicht vielmehr die Gefahr herauf, daß die politische Willensbildung des Volkes im Keim erstickt wird? Aus dem Artikel 21 unserer Verfassung ergibt sich der Auftrag an die politi-

schen Parteien, den Bürgern dabei zu helfen, sich in der Politik zurechtzufinden und zu eigenständigen Urteilen zu kommen. Politische Parteien, die aus innerer Schwäche nicht mehr den Mut, ja nicht einmal mehr den Willen aufbringen, sich in drängenden Fragen zu einem Ja oder zu einem Nein durchzurufen, und statt dessen das „Sowohl-Als-auch“ zur Richtschnur ihrer „Politik“ erheben, machen den Bürger ratlos — sogar hilflos.

So gesehen, kommt die Behauptung der SPD, sie sei nichts anderes als ein „Spiegelbild unserer Gesellschaft“, einer Beleidigung der Bürger gleich. Denn mit einer solchen Behauptung werden die Bürger für die innere Zerklüftung der SPD zumindest mitverantwortlich gemacht.

2. Sich auf „die“ Gesellschaft, „das“ Volk oder auch „die“ Basis zu berufen, wenn man selber nicht mehr weiter weiß, und mit diesem Fingerzeig die endlosen Richtungskämpfe in den eigenen Reihen zu rechtfertigen, ist seit langen Jahren ein immer wieder gern geübtes Verfahren der SPD.

Aber wie verhält es sich eigentlich mit der „Basis“, auf die vor allem die Linke in der SPD so häufig hinweist, um ihre radikalen außen- und innenpolitischen Forderungen zu untermauern? Denkt man an der „Basis“ tatsächlich so, wie sozialdemokratische Politiker vorgeben?

Der Ordinarius für Volkswirtschaft an der Hamburger Universität, Heinz-Dietrich Ortlieb, schrieb unlängst: „Die Basis erweist sich selten als ‚das Volk‘, sondern sie entpuppt sich gewöhnlich als ideologische Minderheit, welche für ihre eigenen Ziele Gruppen der Bevölkerung in ihren Sehnsüchten und Ängsten zu manipulieren versteht.“

■ VERTEIDIGUNG

Bahr und Eppler stärken die Position Moskaus

Woche für Woche bringt der Kreml neue Raketen vom Typ SS-20 mit atomaren Mehrfachsprengkörpern in Stellung. Wenn der Westen tatenlos bliebe, wäre die sowjetische Übermacht bei den Mittelstreckenraketen sehr bald so groß, daß Westeuropa militärisch nicht mehr verteidigt werden könnte und dem politischen Diktat der Sowjetunion ausgeliefert wäre. Dies erklärte Helmut Kohl in der „Augsburger Allgemeinen“ und fuhr in dem Artikel fort:

Der Kreml gibt seit dem Brüsseler NATO-Beschluß (vom Dezember 1979 für Maßnahmen gegen die Bedrohung Westeuropas durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS-20) unverblümt zu erkennen, daß er die Entscheidung der Allianz unterlaufen oder völlig zu Fall bringen will. Er läßt kein Mittel ungenutzt, auf die Meinungsbildung in Westeuropa Einfluß zu nehmen — nicht zuletzt unter Zuhilfenahme offener Drohungen.

Die Verteidigungsminister der NATO zitierten auf ihrer Konferenz im vergangenen Mai aus einer Rede, die Breschnew vor drei Jahren während einer Konferenz osteuropäischer Parteiführer in Prag gehalten hatte:

„Im Jahre 1985 werden wir als Ergebnis der Entspannung die meisten unserer Ziele in Westeuropa erreicht haben ...

Es wird bis dahin eine so entscheidende Verschiebung im gegenwärtigen Kräfteverhältnis gegeben haben, daß wir 1985 in der Lage sein werden, unseren Willen durchzusetzen, wann auch immer es notwendig sein wird.“

Mit dem Brüsseler Beschluß setzt sich die NATO das Ziel, in Westeuropa wieder für ein strategisches Gleichgewicht zu sorgen. Beide Teile des Beschlusses sind gleich wichtig: die Entscheidung, ab 1983 amerikanische Raketen und Marschflugkörper in Westeuropa zu stationieren, und das Angebot an den Kreml, in Rüstungskontrollverhandlungen über das Thema „Mittelstreckenraketen“ einzutreten.

Bis zur Stunde hat der Kreml kaum Verhandlungseifer gezeigt. Warum sollte er auch? Es kann die Sowjetunion doch nur mit Befriedigung erfüllen, daß ein führender SPD-Politiker — Bahr — nicht ihr, sondern unserer Schutzmacht Amerika vorwirft, die Verhandlungen über die Begrenzung der atomaren Mittelstreckenraketen hinauszuögern. Und wenn ein anderer führender SPD-Politiker — Eppler — der Sowjetunion bescheinigt, sie leiste zu Recht Widerstand gegen den Brüsseler Beschluß — und das „Interesse“ der Vereinigten Staaten anprangert, „von Europa aus die sowjetischen Zentren bedrohen zu können“ —, dann kann die Sowjetunion diese Anklage nur mit Wohlgefallen zur Kenntnis nehmen.

■ EUROPA

Bundesregierung gefährdet gemeinsame Agrarpolitik

Das Dokument zur Überprüfung der gemeinsamen Agrarpolitik, das die Bundesregierung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt hat, ist in seinen Konsequenzen ungeheuerlich; denn was hier als Klärung der deutschen Grundsatzposition ausgegeben wird, will in Wirklichkeit eine bewußte Umverteilung bäuerlichen Eigentums bewirken.

Man kann nur hoffen, daß die Regierungen anderer Länder der Europäischen Gemeinschaft solchen Bestrebungen energischen Widerstand entgegenzusetzen und dieses Dokument nicht europäische Wirklichkeit wird.

● Das Papier der Bundesregierung fordert, die Mehrwertsteuer-Bemessungsgrenze von einem Prozent nicht zu überschreiten. Deshalb müsse auch der Anstieg der Agrarausgaben deutlich unter der Steigerungsrate der eigenen Einnahmen bleiben.

Völlig unterschlagen wird hierbei die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft durch Griechenland, Spanien und Portugal und die hieraus entstehenden Aufgaben. Auf die umfangreichen Ausgaben für Entwicklungshilfe wird nicht einmal hingewiesen.

● Die Bundesregierung will den Erzeugern größere Mitverantwortung beim Absatz ihrer Produkte übertragen, das heißt: neben real sinkenden Erzeugerpreisen, neben einer Mitverantwortung

abgabe, einer Aufhebung beziehungsweise Auflockerung der Interventionsmechanismen steht ein Abbau der Beihilfen. Daneben sollen die Einfuhrspielräume von Agrarprodukten für Drittländer erweitert werden; selbst einer Einbeziehung von Maisprodukten in die Getreidemarktordnung wird eine Absage erteilt.

Es ist unabweisbar notwendig, daß der enge finanzielle Handlungsspielraum auch zu einem Überdenken der bisherigen Agrarpolitik führen muß. Das Dokument der Bundesregierung allerdings sieht vor — und das ist zu kritisieren —, daß die in diesem Bereich erforderlichen Maßnahmen und Korrekturen allein auf Kosten der Landwirtschaft durchgeführt werden sollen.

In der Tat gibt die Bundesregierung zu, daß möglicherweise Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Einkommen entstehen könnten. Aber die „Lösung“, die sie vorschlägt, ist fatal: sie will nämlich, daß im Rahmen national verfügbarer Mittel und in nationaler Verantwortung nach sozialen Gesichtspunkten den Bauern geholfen werden soll. Da es solche national verfügbaren Mittel bisher nicht gibt, bedeutet das, den Landwirten wird überhaupt nicht geholfen. Konsequenz zu Ende gedacht würde eine solche Politik auch der gemeinsamen EG-Agrarpolitik den Todesstoß versetzen. Wenn neben anderen — bestehenden — Wettbewerbsverzerrungen auch noch nationale Einkommensübertragungen möglich sein sollen, wäre europäische Gemeinsamkeit in der Agrarpolitik auch nicht annähernd mehr herzustellen.

Die bäuerlichen Familienbetriebe in Deutschland haben zudem nur dann eine echte Zukunftschance, wenn es gelingt, die europäische Agrarpolitik besser aufeinander abzustimmen.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Einheit in freier Selbstbestimmung

Den Bürgern im anderen Teil Deutschlands endlich mehr menschliche Erleichterungen zu gewähren und nicht nur aus dem Verhältnis zur Bundesrepublik zu profitieren, sondern auch Gegenleistungen zu erbringen, dazu hat der Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, der ehemalige CDU-Bundesminister Johann Baptist Gradl, die DDR aufgefordert.

In der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 17. Juni ordnete Gradl die deutsche Teilung in die Friedenspolitik der Bundesrepublik und Europas ein. Er sagte u. a.:

Die Teilung Deutschlands und die Unterwerfung seiner Mitte, des Landes zwischen Elbe und Oder, unter eine so wjetisch bestimmte Existenz, dies ist nicht Vergangenheit geworden. Die Scheidelinie durch Deutschland wurde sogar zu einer Todesgrenze, verschärft in einer Weise, die die schwärzeste Phantasie nicht hätte vorausdenken können. Damit als Deutscher im eigenen Land, auf dieser oder der anderen Seite, konfrontiert zu sein und kein Ende abzusehen — ich zweifle, daß man sich überall ringsum hinreichend vorstellt, selbst bei gutem Willen, was dies für uns bedeutet.

Aber diese Grenze durch Deutschland spaltet zugleich Europa; an ihr stehen sich die beiden größten Militärböcke gegenüber, Auge in Auge wie nirgendwo sonst in der Welt. Es ist wahr: trotz aller Unruhe, aller nahen und fernen

Konflikte ist Europa seit 1945 vor dem Krieg bewahrt geblieben. Nicht aber bewahrt blieb es vor fremder Gewalt: in Deutschland 1953, in Ungarn 1956, in der Tschechoslowakei 1968, und jetzt gegen Polen die Androhung von Gewalt. Dies ist kein Friede. Und alle geschichtliche Erfahrung obendrein zeigt, daß gewaltsame Spaltung eines selbstbewußten Volkes kein solides Fundament für einen gesicherten Frieden ist.

Das deutsche Beharren auf Zusammengehörigkeit ist bestimmt — warum sollten wir das leugnen — vom eigenen menschlichen und nationalen Interesse. Wir wollen unser Ziel ohne Gewalt, ohne Krieg, auch ohne Bürgerkrieg, erreichen. Auch wollen wir unseren Platz, unsere künftige Gestalt und Ordnung im Einklang mit unseren europäischen Nachbarn gewinnen.

Alle demokratischen Parteien stimmen mit dem überein, was die Bundesregierung seit den Ostverträgen immer wieder so bekundet: Politisches Ziel der Bundesrepublik Deutschland ist es, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. Das heißt mit anderen Worten, daß nach unser aller Willen ein geeintes Deutschland sich in die erstrebte Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa einfügen will und wird.

Wer unter unseren Nachbarn dennoch glaubt, vor einer politischen Gemeinschaft der 80 Millionen zurückscheuen zu sollen, dem darf gesagt werden:

Erstens: Die Fähigkeit zur Großmacht hat Deutschland verloren.

Zweitens: Mit Sicherheit wird auch ein kommendes Deutschland eine föderale Staatsordnung haben. Die Eigenheiten der Landschaften und Stämme, die regionale und kulturelle Vielfalt lassen den Charakter unseres Volkes ungleich freier, lebendiger und schöpferischer werden als ein zentralistischer Herrschaftsstaat oder ein monolithisches System nach dem Muster des sogenannten demokratischen Zentralismus der DDR.

Drittens: Die Ordnungen der jetzigen Teile Deutschlands haben sich so sehr auseinanderentwickelt, daß eine einfache Addition nicht möglich ist. Es wird wahrscheinlich für länger eines unvermeidlich komplizierten und Zeit beanspruchenden Annäherungs- und Angleichungsprozesses bedürfen.

Auf die deutsche Politik wird dabei schwere Verantwortung zukommen. Aber wesentliche Voraussetzung für ein Gelingen wird auch sowjetische Bereitschaft sein, nicht weiterhin in der europäischen Mitte Verhältnisse zu erzwingen, die das eigentliche Hindernis realer Entspannung zwischen West und Ost sind — und die eigentlich auch nicht im wahren sowjetischen Interesse liegen können.

36 Jahre nach Kriegsende

Im Zuge der Ostverträge und zumal des Viermächteabkommens sind für Westdeutsche und Westberliner Verbesserungen mancher Art erzielt worden. Dennoch, welche polizeistaatlichen Schwierigkeiten, welche finanziellen Auflagen, welche zeitraubenden Umwege im Zonenrandverkehr für armselige 24-Stunden-Besuche werden noch immer abverlangt, 36 Jahre nach Kriegs-

ende. Obwohl anlässlich der Verträge grundsätzlich zugesagt, werden auch in dringenden Familienfällen nur ganz selten Ausreisen gestattet, im Tagesdurchschnitt keine 100 bei einer Bevölkerung der DDR von 17 Millionen. Man muß immer wieder deutlich machen: Der DDR-Bürger, der heute 20 Jahre alt ist, muß bei jetziger DDR-Praxis bis zum Jahre 2026 warten, ehe er die Alpen oder den Rhein oder das Geburtshaus von Karl Marx in Trier besuchen kann.

Menschliche Solidarität

Von der Bundesrepublik Deutschland droht der DDR keine Gewalt. Alle Bundesregierungen haben sich verpflichtet, auch für die Wiederherstellung der Einheit auf Gewalt zu verzichten. Die Bundesrepublik respektiert die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der DDR in inneren und äußeren Angelegenheiten. So steht es in Art. 6 des Grundvertrages. Unabhängig von diesen Erklärungen, die die Bundesrepublik der DDR gegeben hat, hält die Bundesrepublik der DDR als einem Teil Deutschlands von Anbeginn den Zugang zum europäischen Markt offen, und die DDR weiß, was sie davon profitiert. Die Bundesrepublik leistet laufend große Zahlungen in guter Währung und verschafft damit der DDR einen Vorsprung im Ostblock. Die DDR hingegen ist weit im Rückstand mit der gebotenen Gegenleistung.

Wir in der Bundesrepublik Deutschland dürfen uns im eigenen und im europäischen Interesse, aus menschlicher und nationaler Solidarität und im Interesse des Friedens vom Ziel der deutschen Einheit nicht abbringen lassen. Es ist schlimm genug, daß unser Volk politisch geteilt ist; es sollte nicht auch menschlich auseinandergerissen sein.

■ KOALITION

Typisch sozialistisch: Mißachtung des Parlaments

Zu den vom Bundespostminister geplanten drastischen Erhöhungen der Postgebühren erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen, Gerhard O. Pfeffermann: Es ist ein Skandal, mit welcher hinhaltenden Taktik und ungenügender Informaion die Abgeordneten des Deutschen Bundestages seit einem halben Jahr über die geplante drastische Erhöhung der Postgebühren von Bundespostminister Gscheidle abgespeist werden. Während Presse und Medien über alle Einzelheiten der Gebührenerhöhung berichten, werden diese Informationen, wie die letzte Sitzung des Postausschusses am 16. Juni 1981 gezeigt hat, den Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit fadenscheinigen Begründungen vorenthalten.

Während der Presse zuvor am gleichen Tag eine anonym gehaltene schriftliche Unterlage über die „Wirtschaftlichen Gründe für geplante Gebührenmaßnahmen 1982“ zugespielt wurde, gingen die Abgeordneten des Postausschusses leer aus. Dieses Verhalten kann auch nicht mit dem Hinweis auf noch anstehende Verhandlungen mit der Wirtschaft begründet werden. Denn diese drastischen Gebührenerhöhungen sind letztlich von den Verbrauchern, d. h. allen Bürgern, zu tragen.

Loderer für mehr Realismus

Der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer hat sich für mehr Realismus in der Abrüstungsdiskussion ausgesprochen.

In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ warnte er zwar davor, die Beweggründe vor allem junger Bürger für einen neuen Pazifismus geringzuschätzen, lehnte jedoch eine Politik nach dem Leitsatz „Frieden schaffen ohne Waffen“ entschieden ab.

Nach Loderers Ansicht sollten sich die Bundesbürger durch die Scheinalternative „Lieber rot als tot“ auf keinen Fall den Blick verstellen lassen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung strebe als Ziel „weder rot noch tot“ an. Dafür müsse in der Bundesrepublik gearbeitet werden.

Der IG-Meall-Vorsitzende bezeichnete die auf die Bundesrepublik gerichteten sowjetischen Raketen als „die erstrangige Gefahr für uns“. Loderer kritisierte, daß von vielen „der eindeutig falsche Eindruck erzeugt und verstärkt wird, es handele sich hier nur um amerikanische Rüstung“.

FDP-Strässer mit Kommunisten gegen NATO

Anläßlich eines von der DKP-Jugendorganisation SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) und dem MSB (Marxistischer Studentenbund) Spartakus veranstalteten „Festivals“ in Dortmund trafen sich die Initiatoren des von Kommunisten inspirierten (s. UfD-Nr. 20) „Krefelder Appells“ in einem der Diskussionszelte zu einem Podiumsgespräch. Daran nahmen auch die beiden Mitinitiatoren, die Bundesvorsitzende der Grünen, Petra Kelly, und das Mitglied des FDP-Bundesvorstandes Christoph Strässer teil.

Strässer erklärte in seinem Redebeitrag: Sicher würden mit den sowjetischen SS 20-Raketen „keine Friedentauben verschossen“. Aber man müsse

verstehen, daß sich Moskau vom Westen bedroht fühle. Wer davon spreche, daß der Westen bedroht sei, „der argumentiert für mich unmoralisch“.

Brandt als Moskaus Propagandafigur

Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe im Bundestag, Friedrich Zimmermann, hat den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt „wegen der Zuspitzung der Lage um Polen“ zur Verschiebung seiner für die Zeit vom 29. Juni bis 2. Juli geplanten Moskau-Reise aufgefordert. Zimmermann sagte, „buchstäblich über die Köpfe der Polen hinweg“ wolle Brandt „sich im trauten Kreis mit den Kreml-Führern zusammensetzen“, die täglich neue Drohungen gegen die Polen ausstießen. Es sei „unerträglich, daß ein deutscher Politiker wie Brandt von den Sowjets als verständnisvoller Duldner und als Propaganda-Figur ihrer Aggressionspolitik mißbraucht werden kann“.

Baum informierte den Bundestag falsch

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages wußte der Staatssekretär im Bundesinnenministerium zu berichten, daß die Minen, die bei der jüngsten Unwetterkatastrophe in Nord- und Osthessen sowie Südniedersachsen von den Grenzsperranlagen der DDR an der Zonengrenze auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geschwemmt wurden, angeblich „Zeitungs-Enten“ waren. Durch Selbstschußanlagen oder Minen sei entgegen anderslautenden Presseberichten bei dieser Unwetterkatastrophe kein Schaden auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland entstanden. Und dann wurde das Abkommen der Grenzkommission über die

Vermeidung von Schadensfällen, in denen die DDR ausdrücklich bestimmte Verpflichtungen anerkannt hat, gelobt. Anlässlich der jüngsten Unwetterkatastrophe sei die DDR über das Grenzinformationssystem, das eigens zu diesem Zweck eingerichtet sei, auf ihre Pflicht zur Vermeidung von Schäden erneut hingewiesen worden.

Diese Behauptungen sind ebenso falsch wie verharmlosend. Die explodierten Minen sind keine „Zeitungs-Enten“, sondern schlimme Realität.

Bundesinnenminister Baum wäre eine Reise nach Witzenhausen-Werleshausen im Werra-Meißner-Kreis unmittelbar an der nordhessischen Zonengrenze zu empfehlen. Bei einem solchen „Lokaltermin“ könnte er unschwer feststellen, daß im Siesterbach in der Nacht vom 3. auf 4. Juni dieses Jahres fünf Minen explodiert sind. Und die Bevölkerung hat berechtigte Angst, daß in dem unaufgeräumten und total eingestürzten Siesterbach weitere Minen liegen oder diese gar in die Werra weitergeschwemmt wurden.

Eppler demonstrierte mit der Friedensbewegung

Mehrere zehntausend Anhänger der Friedensbewegung haben in Hamburg am Rande des 19. Deutschen Evangelischen Kirchentages gegen den NATO-Doppelbeschluß und die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik protestiert. Präsidiumsmitglied Erhard Eppler (SPD) nahm an den Protesten teil. Zu der Demonstration, die nicht zum Programm des Kirchentages zählte, hatten die Jungsozialisten, die DKP, Umweltschutzgruppen und evangelische Studentengemeinden aufgerufen.

■ SPD-LANDESPARTEITAG

Notbremsung in Hessen

Wie versucht die „Regierungsfraktion“ der SPD in Bonn und in den Ländern, vor Wahlen mit der aufmüpfigen Partei fertig zu werden? Der hessische Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende Börner stautierte ein Exempel, das auch für die Bundesebene praktikabel sein könnte.

Die Ausgangslage: Als größere Teile der Partei immer bedrohlicher dem Kurs der Landesregierung widersprachen und die seit längerer Zeit angesetzten Bezirksparteitage in der Sachdiskussion um Kernkraft und Flughafenerweiterung umzukippen drohten (Hessen-Süd lehnte tatsächlich am 13. Juni 1981 neben der Nachrüstung den Flughafen ausbau ab und plädierte für den Ausstieg aus der Kernkraft), ergriff Börner die Flucht nach vorne und berief einen außerordentlichen Landesparteitag ein.

Erpressung mit der Machtfrage: Auf dem Wiesbadener Landesparteitag am 21. Juni 1981 überwölbte Börner die Sachdiskussion mit der Machtfrage. Er setzte den Delegierten die Pistole auf die Brust: entweder klare Mehrheit für einen irgendwie regierungsfreundlichen Beschluß oder ab in die Opposition. Die Linke sprach von Erpressung, die Mehrheit ließ sich erpressen. „Vertrauen für Börner“ lautet das Soll, unter diesem Aspekt diskutierte die Mehrheit auch die Sachfragen. Börner erkaufte sich die „große Mehrheit“ durch Zugeständnisse und Formelkompromisse:

— bezüglich der Wiederaufarbeitungs-

anlage faßte der Parteitag den nichtssagenden Beschluß, das Vorhaben „zu prüfen“, was nach Eingang des Antrags sowieso juristische Pflicht der Landesregierung ist;

— eine Baugenehmigung für Biblis C wurde von der Sicherstellung der Entsorgung abhängig gemacht, worunter sich wiederum Befürworter und Gegner ganz Gegensätzliches vorstellen;

— Börner versprach ein Sonderprogramm für 20 000 Sozialwohnungen, ohne ein Wort über die Frage zu verlieren, woher die dafür benötigten über zwei Milliarden Mark kommen sollen;

— Börner gelobte eine harte ideologische Haltung in der Schulfrage: endgültige Einführung der Förderstufe sowie integrierte Gesamtschule als Regelschule.

Anerkennung des imperativen Mandats: Börner machte sein politisches Weiterleben und das der Koalition von einem Parteitagsbeschluß abhängig. Er konnte dies gefahrlos tun, weil die Machtfrage gestellt wurde. Er hat damit aber der Partei die Ausübung des imperativen Mandats gewährt. Diesmal wurde es „von oben“ durchexerziert. Die staatspolitischen Folgen aber sind unabsehbar.

Die SPD-Führung kämpft gegen die Parteibasis um den Erhalt der Macht. Dürrtliche Programme ohne jede politische Perspektiven werden, weil mit Mehrheit beschlossen, als Vertrauensbeweise verkauft. In Wirklichkeit sind es Pyrrhussiege.

■ DRITTE WELT

„Entwicklungsruinen“

Ohne privatwirtschaftliche Initiative aus Industrieländern wird die Armut in der Dritten Welt nicht zu überwinden sein, erklärte Professor Winfried Pinger, MdB. Bloße öffentliche Hilfe der Industrieländer für Staatsbürokratien der Entwicklungsländer kann den ungeheuren Produktionszuwachs nicht anregen, der dafür erforderlich ist.

Beispielhaft sieht man das auf Reisen durch Entwicklungsländer, wie jetzt mit einer Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Sahel-Zone. Dort trifft man immer wieder auf „Entwicklungsruinen“: Zum Beispiel Industrieanlagen, die wir mit öffentlichen Mitteln gefördert und mit unseren Experten in Gang gebracht haben und die dann in die Hände staatlicher oder halbstaatlicher Organe der Empfängerländer übergeben wurden. Vorher meist gut funktionierende Projekte unserer Entwicklungshilfe werden dann nicht einmal mehr funktionsfähig gehalten, geschweige denn arbeiten sie wirtschaftlich.

Eine Konsequenz aus dieser Erfahrung muß sein: die Errichtung von Industrieanlagen sollte nur in der Form von Privatinvestitionen gefördert werden. Wo das wirtschaftliche Risiko besonders hoch ist, sollten entsprechende Zuschüsse gewährt werden. Diese sind

immer noch geringer als die Mittel, die künftige Entwicklungsruinen verschlingen würden. Privatinvestitionen jedenfalls garantieren eher die Rentabilität und Betriebsfähigkeit der Anlagen auf Dauer, gewährleisten die Produktion der benötigten Waren und schaffen Dauerarbeitsplätze.

Wo immer dies möglich ist, sollten mittelständische Unternehmer für Privatinvestitionen in Entwicklungsländern gewonnen werden. Gerade sie haben die besondere Fähigkeit zur Anpassung an schwierige Situationen, zur Lösung von Produktionsproblemen und zum Erschließen von Märkten.

Vor allem aber werden sie gebraucht, um in den Entwicklungsländern selber durch Investition und Beratung bei der Stärkung und Heranbildung einheimischer kleiner und mittlerer privater Gewerbebetriebe zu helfen.

Wir setzen auf die produktive Kraft der freien Initiative des einzelnen Menschen und halten nichts von der sozialistischen Planwirtschaft, die viele Entwicklungsländer noch tiefer ins Elend gebracht hat. Deshalb wollen wir dazu beitragen, daß in den Entwicklungsländern möglichst viele selbständige wirtschaftliche Existenzen erhalten bleiben und neu entstehen.

Die finanziellen Mittel der Entwicklungshilfe werden sehr knapp bleiben, auch wenn ihre Erhöhung unser langfristiges Ziel sein muß. Gerade dann aber können wir uns keine Fehlinvestitionen leisten. Ein Umdenken ist dringend geboten. Ideologie ist gerade in der Entwicklungshilfe zu teuer.

■ MEDIENPOLITIK

Den Begriff Rundfunk neu definieren

In einem Antrag an die Parteivorstände von CDU und CSU hat sich der Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU zu grundsätzlichen Fragen künftiger Medienpolitik geäußert.

Der Antrag enthält folgende vier Papiere:

1. Grundsätze für das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk
2. Vorschläge zur Verbesserung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems
3. Neudefinition des Rundfunkbegriffs
4. Fernmeldemonopol der Deutschen Bundespost

Zu 1: Um die wichtige Funktion des Rundfunks und seine Leistungskraft auch unter den sich abzeichnenden neuen Techniken rechtzeitig organisatorisch, publizistisch und rechtlich abzusichern, gilt es nach Auffassung der Union, die Dimensionen der technischen Entwicklungen abzuschätzen, die verfassungsrechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen und die Fragen des Wettbewerbs zwischen dem heutigen öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem und einem ergänzenden privaten Rundfunksystem zu klären und Lösungsvorschläge aufzuzeigen.

Technische Entwicklungen: Die moderne Kommunikationstechnik verwandelt den Frequenzmangel der Telekommunikation allmählich in einen Frequenz-

überfluß. Dabei kommt den Breitbandkabelanlagen, dem Satellitenrundfunk und der Ausweitung des UKW-Hörfunkbereichs besondere Bedeutung zu. Eine damit verbundene Individualisierung und Spezialisierung der elektronischen Kommunikation beseitigt die Einzigartigkeit des heutigen Fernsehens. Seine Bedeutung als wichtiger Faktor der öffentlichen Meinungsbildung wird dadurch deutlich gemindert.

Verfassungsrechtliche Vorgaben: Der Kern einer freiheitlichen Kommunikationsverfassung ist die Freiheit jedes einzelnen Bürgers, Informationen und Meinungen zu verbreiten und zu empfangen. Bei schwindendem Frequenzmangel verliert das Veranstaltungsmonopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten seine verfassungsrechtliche Legitimation. Damit entfällt die Blockade des Zugangsrechts Privater zum Rundfunk. Die Gesetzgeber in den Ländern müssen das Rundfunkrecht dieser Entwicklung stufenweise anpassen. Die bisherigen Rundfunkanstalten gewährleisten eine flächendeckende Grundversorgung der Bevölkerung mit Information, Bildung und Unterhaltung; ihr Weiterbestehen ist deshalb erwünscht.

Wettbewerb: Auch in einer Konkurrenzsituation mit privaten Veranstaltern ist es notwendig, den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihre finanzielle Existenzgrundlage zu gewährleisten.

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten dürfen jedoch ihre Programme und Werbesendungen nicht einseitig ausweiten, um künftigen Wettbewerbern nicht die Existenzgrundlage zu nehmen; neu zu gewinnender Spielraum ist vorwiegend privaten Veranstaltern vorzubehalten. Hieran hat sich auch die Nutzung der schon vorhandenen und der neu zu errichtenden Kabelanlagen zu orientieren.

Zu 2: Mit ihren „Vorschlägen zur Verbesserung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems“ will die CDU/CSU die Aufgaben und Programmgrundsätze der Anstalten präzisieren und auf größere Rechtssicherheit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunkbetrieb hinwirken. Sie tut das in der Erkenntnis, daß das gegenwärtige Rundfunksystem von Fehlentwicklungen belastet worden ist und schlägt daher u. a. folgende Maßnahmen vor:

- Grundsätze für die journalistische Tätigkeit in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu entwickeln
- Schranken abzubauen, die der Programmqualität und der journalistischen Leistungsentfaltung entgegenwirken
- die Finanzbasis durch sorgfältige Wirtschaftsführung und Planung zu stärken
- Planstellen durch Leistungsförderung und gezielten Personaleinsatz einzusparen
- den Einfluß von Parteien, Staats- und Parlamentsvertretern zugunsten größerer Pluralität in den Aufsichtsorganen der Anstalten abzubauen
- größere Zuschauerbeteiligung und mehr Bürgernähe im Programm zu

verwirklichen und das Recht auf Gendarstellung und Beschwerden zu vervollkommen

Zu 3 und 4: Mit den Papieren „Neudefinition des Rundfunkbegriffs“ und „Fernmeldemonopol der Deutschen Bundespost“ will die Union die medienpolitische Diskussion konkretisieren. Beide Problembereiche dienen vornehmlich der SPD in der Regierungskoalition dazu, medienpolitischen Fortschritt zu verhindern, obwohl weder Bundespost noch Bundesregierung eine medienpolitische Kompetenz haben.

Das ist allein Sache der Länder. Durch die Neudefinition des Rundfunkbegriffs sowie den Abbau des Postmonopols wird den Ländern eine aktive Medienpolitik ermöglicht.

Die neue Rundfunkdefinition soll die Individualkommunikation, der bei den neuen Medien eine große Bedeutung zukommt, rechtlich klar einordnen und ihr damit bessere Entfaltungsmöglichkeiten bieten; denn nach dieser Definition ist Individualkommunikation kein Rundfunk. Für sie entfallen somit die gesetzlichen Bestimmungen für die Organisation von Massenkommunikation weitgehend.

Das geltende Postmonopol steht einer Vermehrung von Kommunikationsmöglichkeiten im Wege. Es dient der Bundesregierung durch den Verkabelungsstopp von 1979 als Blockadeinstrument bei der Entwicklung neuer Techniken. Die Union kritisiert auch die expansive Unternehmenspolitik der Deutschen Bundespost und unterbreitet in ihrem Papier konkrete Reformvorschläge. Die Post muß daraus endlich Konsequenzen ziehen.

■ FRIEDENSRESOLUTION

Friede ist mehr als das Schweigen der Waffen

Heiner Geißler gab zu der auf der Bundesausschußsitzung am 15. Juni 1981 gefaßten Resolution zur Friedendiskussion (s. UfD-Nr. 20, Dokumentation) eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Mit dieser Resolution wenden wir uns vor allem an die Front der Pazifisten, die aus dem kirchlichen Bereich kommen, die sich auf eine moralische Position beziehen. Mit dieser Resolution wollen wir die Möglichkeit schaffen, in klarer Form, aber auch mit einer deutlichen moralischen Zielsprache ins Gespräch zu kommen. Deswegen fangen wir diese Resolution damit an, zu sagen, daß wir mit allen friedliebenden Menschen die Sehnsucht nach Frieden teilen. Wir wollen zum Ausdruck bringen, daß die Christlich Demokratische Union die eigentliche Partei des Friedens ist und infolgedessen für sich in Anspruch nehmen kann, gerade von den pazifistischen Gruppen im kirchlichen Bereich erstgenommen zu werden, genau so, wie wir uns bereit erklären, auch ihre moralischen Argumente ernst zu nehmen.

In diesem Papier ist zum Ausdruck gebracht worden, daß wir eine Politik machen, die den Verteidigungsfall verhütet. Es ist also nicht eine Verteidigungspolitik im alten Sinne, sondern eine Kriegsverhütungspolitik. Unsere Politik zielt darauf ab, die Alternative „lieber rot als tot“ nicht nur gedanklich, son-

dern auch praktisch als unrealistisch zu widerlegen, indem wir eine Politik machen, die beides verhindert: Wir sagen „weder rot noch tot“.

Unter Punkt 4 der Resolution heißt es: „Nicht einmal für das Leben wäre die Unterwerfung unter ein totalitäres System eine Garantie. Das sollten jene bedenken, die bereit sind, auf die Menschenrechte zu verzichten.“ In diesem Zusammenhang ist wichtig, daß wir auch nicht mehr die alte Diskussion aufnehmen, die vor 30 oder 40 oder auch vor 50 Jahren noch durchaus eine berechnete Rolle gespielt hat, nämlich jene Art von Güterabwägung mit der Frage: Welches ist das höchste Gut: die Freiheit oder der Friede? Also genau das, was im Bundestag in der Auseinandersetzung über Haig mit Schöfberger und mit der SPD eine so große Rolle gespielt hat.

Wir dagegen sagen: Der Friede ist mehr als das Schweigen der Waffen. Friede bedeutet auch Rechtsfriede, d. h. dort, wo die Menschenrechte nicht geachtet werden, ist auch kein Friede vorhanden, selbst wenn die Waffen schweigen. Und Friede bedeutet auch sozialer Friede, weltweiter sozialer Friede. Dort wo soziale Ungerechtigkeit sozusagen zum System erhoben wird, ist auch kein Friede vorhanden. Wir definieren den Frieden in einem umfassenderen Sinne als nur in dem Sinne, daß die Waffen schweigen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN 1
POSTFACH 24 49
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Das Dilemma der SPD

Die Entscheidungen der Sozialdemokraten in Hamburg und in Hessen sind erwartungsgemäß ausgefallen. Es wäre politischem Selbstmord gleichgekommen, wenn der Hamburger SPD-Parteitag sich nicht für Klaus v. Dohnanyi als Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters entschieden und wenn der Parteitag der hessischen SPD Ministerpräsident Börner die Gefolgschaft versagt hätte.

Die Probleme, die dazu geführt haben, daß Sonderparteitage überhaupt notwendig wurden, stehen jedoch unverändert auf der Tagesordnung der Partei.

So bedeuten die Ergebnisse von Hamburg und Hessen für die SPD keinerlei Beruhigung. Vielmehr hat sich ein weiteres Mal gezeigt, daß diese mehr als hundert Jahre alte Partei zur Zeit in wichtigen politischen Bereichen zu einem Kompromiß in den eigenen Reihen nicht fähig ist.

Die SPD hat notwendige Auseinandersetzungen vertagt. Mehr nicht. Die Stunde der Wahrheit und der Erkenntnis wird noch kommen.

Rheinische Post, 22. 6. 1981



Trotz allem Gerede von der Volkspartei kann die SPD nur regierungsfähig sein und bleiben (und dies auch nur als Koalitionspartner), wenn sie zu ihrer Stammwählerschaft mindestens sieben Prozent Randwähler hinzugewinnt.

Doch wo soll die SPD ihre lebensnotwendigen Randwähler hernehmen? Sie gegen eine bürgerliche Oppositionspartei im bürgerlichen Lager zu suchen, dies macht — wie die letzte Bundestagswahl zeigte — nur die FDP fett. Sie aber im linken Spektrum der ökologischen Kritik an der überkommenen Wachstumsgesellschaft zu suchen, bringt naturnotwendig den Konflikt mit der Stammwählerschaft der Arbeiter ins Haus.

Aber wenn die SPD den kritischen Dialog nicht aufnimmt, werden ihre potentiellen Randwähler den Grünen nachlaufen. Süddeutsche Zeitung, 22. 6. 1981

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 37C 10C 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID